



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin

Berliner Bürger: Untertan oder Souverän?

Mehr Demokratie

Aber wie?
Unser Themenextra mit
Wegbereitern der Demo-
kritisierung

Seiten 5-8

Piratenmärchen

Dichtung und Wahrheit
über die Piratenpartei

Seiten 2-3

Zensus 2011

Wie die neue Volkszählung
heruntergespielt wird

Seite 4

Senfseite

Landowsky kommt uns
teuer zu stehen

Seite 9

Transparenz

Ein Erklärungsversuch

Seite 10



Echo auf die Hamburgwahl

Die Wahl am 20. Februar 2011 zur Hamburger Bürgerschaft hatte zum Ergebnis, dass die Piratenpartei 2,1% erringen konnte, bei den Erstwählern sogar 6%. Auch wenn bei manchen Piraten Enttäuschung herrscht, handelt es sich um einen Erfolg – wie zumindest der SPIEGEL in seiner Online-Ausgabe vom 23.02.2011 meint: „Die Piratenpartei ist nach der pressebefeuerten Neuphorie von 2009 und verschiedenen internen Debakeln 2010 in Hamburg von jedem 20. Erstwähler gewählt worden – trotz geringer Medienpräsenz. Genau das macht aus zwei Prozentpunkten eine relevante politische Kraft.“

Als besonderes Verdienst wird den Piraten insbesondere die Wirkung auf andere Parteien zugeschrieben: „Diese trotz ihrer Irrungen und Wirrungen doch eher sympathische, weil progressive und engagierte Partei ist der Netzstachel im Machtfleisch der Politik. Er bewirkt, dass die Parteien sich weiterhin ernsthaft mit der Netzsache auseinandersetzen müssen. Denn ihre angestammte Wählerschaft stirbt weg, und die nachwachsende nimmt sich die Unverschämtheit heraus, nicht nach Tradition, sondern nach dargebotener Leistung und politischen Positionen zu entscheiden. Das ist auch der Schlüssel zur angeblichen Politikverdrossenheit: Es handelt sich um ein Angebotsproblem, nicht um ein Nachfrageproblem.“

Die Existenz der Internet-Enquete des Bundestags wird in dem Beitrag ebenfalls dem Erfolg der Piraten zugeschrieben. Bundestagsmitglieder und Experten sollen dem Parlament netzpolitische Empfehlungen geben und damit den Wandlungsprozess unserer Gesellschaft zu einer digitalen Zukunft gestalten helfen.

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org



Überholte Piratenmärchen ...

Seemarnngarn Stereotype sind witzig, aber reale Piraten sind vielfältiger und spannender!



CC-BY-ND: Dmitry Klmenko

Wenn wir hier ein paar Vorurteile ausräumen können, freut uns das. Wenn Ihr Euch weiter über das Programm der Berliner Piraten informiert, freut uns das noch mehr. Aber richtig toll finden wir es, wenn Ihr uns Anregungen und Kritik zukommen lasst, mit uns diskutiert und bei uns ganz real vorbei schaut. Denn so lassen sich Klischees am ehesten widerlegen!

Noch so eine Spaßpartei...

Es stimmt, dass wir auch mit Spaß an die Politik gehen, wie man hoffentlich merkt. ;)

Wir spielen mit Referenzen auf Pop- und Internetkultur und mit Begriffen aus dem Piratenumfeld, wie etwa unser beliebter Partei-Slogan „Klarmachen zum Ändern“. Das ist ein Zeichen für die Authentizität unserer Mitglieder.

Die Piratenpartei lebt ihre Grundsätze: Jeder kann mitgestalten. Es gibt keine Delegiertenpartei, wie bei den anderen Parteien. Alle unsere Veranstaltungen, Beratungen und Beschlüsse (bis hin zum Kontostand der Partei) sind öffentlich.

Und weil wir glauben, dass unter solchen Bedingungen auch für andere Bürger Politik interessanter und fairer wäre, wollen wir die politischen Prozesse in Deutschland transparenter, direkter und fairer gestalten.

Piratenpartei – was soll denn dieser Name?

Mit Piraten assoziiert man plündernde Gesetzlose, aber auch Rebellen, die sich gegen eine ungerechte Obrigkeit auflehnen und die Freiheit der Meere für sich beanspruchen. Als Piraten ecken wir im besten Sinne an und wagen es, unser aller „Untertanentum“ in Frage zu stellen.

Mit dem (abwertend gemeinten) Begriff „Piraten“ wurde versucht, Leute zu diffamieren, die auch digitale Inhalte zur privaten Nutzung kopieren wollen. Nur stieß der Begriff bei den so Bezeichneten auf Begeisterung statt auf Scham. So sehen wir unseren Namen heute mit einer gewissen Selbstironie: Wir sind genauso Diebe und Räuber, wie die aktuelle CDU christlich und die SPD sozial ist.

Und die realen Berliner Probleme...?

Unser zentrales Anliegen ist es, die politischen Prozesse in Deutschland und Berlin demokratischer zu gestalten. Die Piraten meinen, dass fehlende Transparenz und Mitbestimmungsmöglichkeiten bedenkliche Auswirkungen haben können, wie am gekippten Atomausstieg und Wasser-Teilprivatisierung gerade wieder offenbar wurde. Vieles, was heute schief läuft, könnte durch eine breitere Basis von Bürgern, die sich in die Politik einmischen, besser entschieden werden.

Zudem arbeiten wir seit etwa zwei Jahren intensiv an der breiten Weiterentwicklung unserer Positionen, auf Bundes- wie auf Landesebene. So haben wir im vergangenen Herbst etwa auf dem Bundesparteitag für ein „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe (RESET)“ votiert, also ein Grundrecht auf eine unabdingbare Lebensgrundlage für Jeden, der in Deutschland lebt. Unserer Meinung nach stellt dies die einzig sinnvolle Alternative dar, wenn man sich nicht mehr der Illusion einer möglichen Vollbeschäftigung hingeben will. Und dem Problem „Arbeitsmangel“ damit zu begegnen, die betroffenen Menschen verwaltungstechnisch zu drangsaliieren, widerspricht nicht nur der Menschen- und Bürgerwürde, sondern bringt außer Kosten auch einfach nichts.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns in Berlin mit weiteren Themenfeldern, insbesondere mit Bildung und Wissenschaft, Verkehr und Stadtentwicklung, Verwaltungsmodernisierung, Integration und Migration, Geschlechter- und Familienpolitik, Kulturpolitik, dem Verhältnis von Staat und Religion und Suchtpolitik. Unser Grundsatzprogramm zu diesen Themen kann man unter berlin.piratenpartei.de nachlesen und nachhören.

Zu Grunde liegt all unseren Positionen der Gedanke der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen – ohne jedoch die Gesellschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

... und Piraten über ihre Motivation

Überzeugungen und Gründe für die Mitgliedschaft in der Piratenpartei

Ich bin Pirat, weil ich das erste Mal das Gefühl habe, dass man in dieser Organisation Politik machen und erleben kann, ohne sich sofort der Korruption, dem Lobbyismus, der Vetternwirtschaft oder anderen unschönen Beeinflussungen ausgesetzt zu sehen. Die Themen der piratischen Politik sind auch die Themen der Zukunft – wobei noch mehr Themen mit der Zeit dazukommen müssen und auch sich aus den bisherigen Themen ergeben werden. Für mich sind vor allem die Transparenz (staatliche und wirtschaftliche) und die sozialen Fragen wie das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wichtig. Auch Verkehr und zukünftige Technikentwicklung sind wichtig. Es muss sich ganz viel ändern in der Politik und der Gesellschaft. Da will ich mithelfen.

Michael Hartung

Ich bin Pirat, weil das Internet grundlegend die Strukturen der Arbeitswelt, der Medien und der Kommunikation verändert. Nach meiner Beobachtung ist diese revolutionäre Entwicklung von der etablierten Politik bisher noch nicht erkannt worden. Zum Glück, möchte ich manchmal sagen, denn wo bisher ver-meintlicher „Handlungsbedarf“ erkannt wurde, peilte man eine unpraktikable Überregulierung an. Wenn die Piratenpartei hier für den sinnvollen und professionellen Umgang mit dem Internet streiten kann, möchte ich sie dabei unterstützen.

Linda Link

Piraten - sind das nicht nur unreife Computerhacker?

Nunja, Piraten sitzen oft vor dem Computer. Das stimmt, auch weil viele von uns Jobs haben, die nur (noch) so erfüllt werden können. Wer allerdings denkt, dass alle Piraten Informatiker sind, liegt ziemlich falsch. Fast alle Berufssparten sind bei uns vertreten: Unternehmer und bekennende Arbeiter, Freie Künstler und Verwaltungswissenschaftler, Sozialarbeiter und Juristen, Kriminologen und Journalisten, um ein paar Beispiele zu nennen.

Und wir tummeln uns, entgegen dem Stereotyp, auch gern im „Real Life“. Kaum eine andere Partei ist so aktiv, wenn es darum geht, Bürger aufzuklären, für unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen und andere Aktionen wie Live Theater, Flash (bzw. Flesh) Mobs und Petitionen zu machen. Unzählige Flyer, Transpis, Wiki-Seiten, Artikel und Pressemitteilungen werden dazu von Piraten erstellt, alles ehrenamtlich und in eigener Regie – „Mitmach-Partei“ ist bei uns nicht nur ein Label, sondern pure Realität.

Bleibt noch das „unreif“. Ja, wir sind eine junge Partei, aber vielleicht auch nicht so jung und unerfahren, wie man gemeinhin glaubt. Das Durchschnittsalter der Piraten beträgt aktuell 29 Jahre (zum Vergleich: Grüne: 46,8; FDP: 51; CDU: 56,4; SPD: 58; Linke: 62,5). Dabei ist die gesamte Bandbreite von 16 bis ins Rentenalter vertreten und das finden wir gut so:

Piraten lieben die Vielfalt!

Warum seid Ihr so internet-begeistert?

Dieses Vorurteil können wir uneingeschränkt bestätigen. Ja, wir lieben das Internet. Und das eher nachrangig, weil es unerschöpfliche Unterhaltungsmöglichkeiten bietet. Was wir am Internet so schätzen, ist vielmehr, dass es neue, dezentrale und nur schwer zensierbare Informations- und Kommunikationskanäle eröffnet. Dass ganz verschiedenen Menschen damit weltweit zusammenfinden und sich vernetzen können.

Die Auswirkungen dessen werden spätestens jetzt offenbar: Wikileaks durchbricht die undurchsichtigen Mauern der Weltpolitik; Bürgermitsprache, Reformen, und sogar Revolutionen werden mit Hilfe von sozialen Netzwerken erzwungen. Das Netz schafft also mündige Bürger, die gehört werden, und bringt mehr Transparenz in die Politik; und es bereitet in vielen Ländern sogar den Weg für eine weitere Demokratisierung. Das finden wir toll:

Piraten lieben die Freiheit!

Sind Stimmen an Kleinparteien nicht eh verschenkt?

Klar, da ist was dran – aber eben, weil die Hürde für die Parlamente mit 5% sehr hoch gelegt ist. Dies erschwert es neuen Parteien und jungen Menschen ungemein, politisch mitreden zu können.

Sich an ändernde gesellschaftliche Realitäten anzupassen, fällt den Altparteien aus sich heraus eher schwer: Nur treu gediente, sprich brave und angepasste Parteisoldaten erklimmen nach Jahren oder Jahrzehnten Listenplätze mit Mandatsreichweite. Am Beispiel der Bündnis-Grünen konnte man dagegen gut sehen, dass Anliegen vermeintlicher Randgruppen schnell zu Interessen der breiten Mitte der Gesellschaft werden können. Und dass diese eben nur durch eine neue politische Gruppierung in die Parlamente getragen werden konnte.

Es wird sicher kein Kinderspiel für die Piraten in das Berliner Abgeordnetenhaus zu kommen, aber wenn wir es schaffen, wird nicht nur in Berlin ein neuer Zeitgeist in die Politik einkehren.

Die Zielrichtung ist dabei klar: Die Arbeit des Parlaments (und der Lobbyisten!) so transparent zu machen wie möglich und den Berlinern mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Bezirken und auf Landesebene verschaffen.

Piraten lieben die Demokratie!

Volkszählung in neuem Gewand

Zensus 2011 Ab 9. Mai 2011 wird erfasst



Die lebhaften Proteste vieler Bürger gegen die Volkszählung 1987 sind noch in guter Erinnerung. Um diesen Protest nicht erneut anzustacheln, wird in diesem Jahr dem Schein nach nur eine „kleine Volkszählung“ unter dem Namen Zensus 2011 durchgeführt. Mehr als 80.000 Interviewer werden ab Mai rund 10 Prozent der Bundesbürger mit einem 8-seitigen Fragebogen besuchen und Antwort auf 46 Fragen erbitten oder besser gesagt fordern, denn wer nicht antwortet, wird mit einem saftigen Bußgeld bedroht.

Es ist ein Trugschluss, dass „nur“ 10 Prozent der Bevölkerung tatsächlich von der Erfassung betroffen seien: Stattdessen werden von einem großen Teil der Bevölkerung behördlich erfasste Daten in einem zentralen Register zusammengeführt – und dies ohne eine persönliche Information oder gar Einwilligungserklärung der Betroffenen. Es besteht hier keine Möglichkeit des Widerspruchs gegen die Datenzusammenführung und keinerlei Möglichkeit der Überprüfung der erfassten Daten seitens der Betroffenen.

Kritik an den Fragebögen

Bei einer verpflichtenden Stichprobenerhebung stellt sich die Frage, ob der gewaltige Aufwand überhaupt lohnt. Mancher ist jedenfalls der Ansicht, dass eine repräsentative Umfrage, wie sie sich bei der Wahlforschung bewährt hat, gleich gute oder bessere Ergebnisse erbringen und nur einen Bruchteil der nun anfallenden Kosten verursachen würde. Der entscheidende Vorteil wäre jedoch, dass die Daten bei einer solchen Umfrage anonym erhoben würden, was beim Zensus nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Alle gegenüber der Zensusbehörde getätigten Angaben dürfen während der Bearbeitungszeit bis zu vier Jahre lang gespeichert werden. Dies schätzen Datenschützer als sehr problematisch ein, denn damit entsteht, wenn auch vorerst nur zeitweilig, ein zentrales Personendatenregister, welches das Bundesverfassungsgericht doch ausdrücklich untersagt hatte.

Die erhobenen Daten sind, auch wenn dies von Seiten der datenverarbeitenden Behörden nicht so dargestellt wird, nicht sicher vor

Missbrauch und Datenverarbeitungsfehlern. Es ist so wie bei allen Versuchen der Daten- oder Vorratsspeicherung auch: Nur nicht erhobene Daten sind sichere Daten. Spiros Simitis, der ehemalige hessische Datenschutzbeauftragte und international anerkannte Experte, sagt es treffend: „Demokratie zeichnet sich durch Informationsverzicht aus!“

Seltsame Fragen werden gestellt

Etliche Fragen beim Zensus 2011 fordern weitere Kritik oder jedenfalls ausdrückliche Skepsis ob der beabsichtigten Zielrichtung der Frage heraus. So wird in Frage 8 das Bekenntnis zu einer Religion abgefragt und bei der Antwortoption „Islam“ detailliert zwischen sunnitisch, schiitisch und alevitisch unterschieden, während andere Glaubensgemeinschaften mit erheblichen Mitgliederzahlen nur unter „Sonstige“ subsummiert werden. Überhaupt ist der Frageblock zu Religionszugehörigkeit und Glauben fragwürdig: Die Angaben zum persönlichen Glaubensbekenntnis abseits einer eventuellen auch den Meldebehörden bekannten Religionszugehörigkeit ist zwar freiwillig; da es sich jedoch um die einzige freiwillige Frage innerhalb des gesamten Bogens handelt, ist unsicher, inwieweit dies den Befragten überhaupt bewusst wird.

Und was soll man von der Frage 40 halten: „Haben Sie in den letzten vier Wochen etwas unternommen, um Arbeit zu finden?“ Muss ich mit ja antworten, wenn ich einmal flüchtig die Stellenanzeigen in meiner Morgenzeitung durchgesehen habe?

Kritik fordern auch die Fragen 16 bis 22 heraus, die sich auf den Migrationshintergrund beziehen und nicht nur die Herkunft des Befragten ermitteln, sondern auch die von Mutter und Vater. Auch wenn für statistische Interessen die Erfassung solcher Daten wünschenswert sein mag, ist doch fraglich, ob die Verknüpfung solcher Angaben mit personengebundenen Daten in einer zentralen Datenbank gerechtfertigt und legitim ist.

Religionszugehörigkeit Jedi-Ritter?

Wie unzuverlässig Volkszählungen sein können, wird am Beispiel der Jedi-Ritter deutlich, die rein fiktive Figuren aus den Star-Wars-Filmen von George Lucas sind, gleichwohl aber in der realen Welt eine bizarre Rolle spielen: Vor allem in den englischsprachigen Ländern kam

es in den letzten zehn Jahren regelmäßig zu dem Phänomen, dass bei Volkszählungen viele Befragte als Religion „Jedi“ angaben, entweder um die Fragwürdigkeit derartiger Zählungen zu belegen oder um sich schlicht und einfach einen Scherz mit den Behörden zu erlauben. So bekannten in England und Wales nahezu 400.000 Menschen, dass sie „Jedi-Ritter“ seien und damit angeblich einer Religion angehören, die es doch eigentlich gar nicht gibt. In Kanada, Australien und Neuseeland zeigten viele Bürger bei Volkszählungen ähnlichen Sinn für britischen Humor. Diese Provokation der Behörden beschäftigte zahlreiche Politiker, Beamte und Wissenschaftler und verstärkte bei manchem die Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Volkszählungen überhaupt.

Kosten: 710 Millionen Euro

Der Aufwand für diese seltsame, aus datenschutzrechtlicher Sicht stark anzugreifende Datenerhebung von zweifelhaftem Wert wird nach Auskunft der Statistischen Ämter 710 Millionen Euro betragen. Dazu kommen dann noch erhebliche Auswertungskosten. Lohnt sich das wirklich?

Was Sie selbst tun können

Reden Sie über den Zensus! Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, was hier vorgeht. Allein der Austausch hierzu ist bereits wichtig. Ausführliche Informationen, was Sie tun können und was besser nicht, finden Sie unter www.zensus11.de. Falls Sie überlegen, den Befragungsbogen vorerst nicht auszufüllen, sollten Sie sich auf jeden Fall hier informieren! Falls Sie zu der 10%-Gruppe gehören, welche im Mai den ausführlichen Zensus-Fragebogen ausfüllen muss, und Sie hierzu Besuch von einem „Interviewer“ bekommen: Lassen Sie niemand in Ihre Wohnung. Hierzu sind Sie NICHT verpflichtet. Sie können die Zensus-Interviewer einfach wegschicken und sagen, Sie füllen den Bogen allein aus. Geben Sie keine Auskunft zu Anwesenheitszeiten, Aufenthalt, Personenanzahl oder ähnlichem in ihren Nachbarwohnungen. Sie sind hierzu keinesfalls verpflichtet – wehren Sie sich ausdrücklich gegen solche Anforderungen zu Denunziantentum!

Mehr Demokratie wagen! Aber wie?

Wahlprogramm Berlin Einfluss der Bürger muss gestärkt werden

Die Berliner Piraten werden ihren Wahlkampf mit einem Schwerpunkt zur Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in Berlin bestreiten. Verbesserungen soll es vor allem bei den Bürger- und Volksentscheiden geben sowie bei der Stärkung der Bezirke, die bisher kaum eigene Entscheidungsbefugnisse haben und unter der ständigen Bedrohung agieren, ihre Angelegenheiten könnten von den Senatsverwaltungen auf die Berliner Entscheidungsebene gezogen und damit der bezirklichen Selbstverwaltung entzogen werden.

Die folgenden Themen und Vorschläge werden im Wahlprogramm der Piraten Berlin beschrieben und sollen mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutiert und schließlich zur Wahl gestellt werden:

Mehr Demokratie beim Wählen

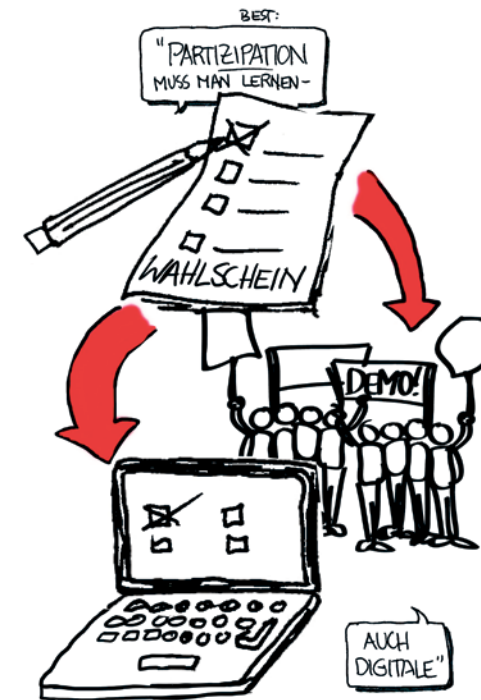
Dem Bürger steht es zu, mehr Einfluss auf die personale Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen zu bekommen. Das lässt sich durchaus einfach und praktikabel dadurch realisieren, dass die Wähler mehrere Stimmen auf einen Kandidaten vergeben können (Kumulieren) oder Kandidaten verschiedener Parteien gleichzeitig wählen können (Panaschieren). Das neue Wahlrecht ist auch dadurch zu ergänzen, dass für den Fall des Scheiterns der eigentlich bevorzugten Partei an der Prozenzhürde „Ersatzstimmen“ dafür sorgen, dass die Stimme nicht verfällt, sondern für die Verteilung der Mandate wirksam bleibt.

Stimmhürden senken

Die Stimmhürde für die Bezirksverordnetenversammlungen ist abzuschaffen. Jede Stimme muss mit gleichem Gewicht bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Die Zahl der Sitze in den Bezirksverordnetenversammlungen rechtfertigen auch für die praktische Arbeit keine Hürde. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist die Stimmhürde auf 3 % zu senken.

Demokratie bezieht alle ein

Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, haben das Recht, die städtische Politik mitzubestimmen. Die bestehenden Hürden, die dem durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entgegenstehen, sind aufzuheben.



CC-BY-NC-ND: Anna Lena Schiller

Wir werden uns daher dafür einsetzen, über den Bundesrat die Chancen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Migranten wesentlich zu erleichtern und für Menschen, die hier geboren werden, eine gesicherte deutsche Staatsangehörigkeit zu schaffen. Die bisherige Beschränkung des bezirklichen Wahlrechts auf Angehörige von EU-Staaten ist aufzuheben. Auch dafür ist eine Initiative im Bundesrat erforderlich.

Stärkung der Bezirke

Berlin ist groß genug, um unterschiedliche Lösungen für politische Probleme in den einzelnen Bezirken zu ertragen. Es ist nicht erforderlich, dass zwangsweise alle Entscheidungen durch den Senat (Hauptverwaltung) auf ein einheitliches Niveau gestutzt werden. Unterschiedliche Regelungen in den Bezirken können auch dazu beitragen, dass die Bezirke für Bürger ein größeres Maß an Attraktivität entwickeln, etwa durch besonderes Engagement bei der Pflege der Grünanlagen oder durch ein besonders engagiertes Bezirksamt, das Bürgern schnell und mit attraktiven Öffnungszeiten zur Seite steht.

Deshalb sind im Bezirksverwaltungsgesetz und insbesondere im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz mehr Entscheidungskompetenzen für die Bezirke vorzusehen und die Eintrittsrechte für die Hauptverwaltung zu beschränken. Zugleich sind die auf Bezirksebene zustande kommenden Entscheidungen zu stärken, den Bezirksverordnetenversammlungen kommt ein eigenes Entscheidungsrecht zu, sie dürfen nicht länger auf „Empfehlungen und Ersuchen“ begrenzt sein.

Mehr Verbindlichkeit

Auch für direktdemokratische Initiativen ist ein größeres Maß an Verbindlichkeit gesetzlich zu verankern. Die bereits bewährten Möglichkeiten eines elektronischen Petitionswesens sollen auch für Berlin eingeführt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen sind zu entwickeln und zu erproben.



CC-BY-NC-ND: Anna Lena Schiller, Übersetzung Redaktion



Wir müssen (mit)reden. Neue Wege zur Demokratisierung und Artikulation

Hauptstadtpiraten-Podcast Wie kann Politik demokratischer gestaltet werden? Diskussion über Wahlrechtsreformen, den Ausbau der Direkten Demokratie und Flüssige Demokratie



CC-BY: Augapfel

Mehr Demokratie, bessere (Mit)Bestimmungsmöglichkeiten der Bürger, transparentere politische Entscheidungen – diese Themen werden in den letzten Jahren verstärkt eingefordert. Vergangenes Jahr hat der Protest gegen Stuttgart21 hohe Wellen geschlagen, aber auch hier in Berlin haben Bürger- und Volksbegehren das wachsende Interesse an Mitsprache gezeigt.

Bürger akzeptieren immer weniger eine Politik von Abgeordneten, die nur auf Parteibefehl handeln. Diesen Protest aber schlicht als „Dagegen-Kultur“ von „Wutbürgern“ zu verunglimpfen, übersieht, dass die Möglichkeiten, auf normalem Weg Einfluss zu nehmen, eben fast aussichtslos sind.

Im Gespräch

Eberhard Zastra, Pirat aus Berlin, engagiert in Fragen des Wahlrechts und Verfasser des Grundsatzprogramm punkts „Mehr Demokratie wagen“

Nils Jonas, Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie e. V., Experte für Wahlrecht und Direkte Demokratie

Simon Weiß, Pirat aus Berlin, Ansprechpartner für Flüssige Demokratie (Liquid Democracy)

Martin Delius, Moderator und einer der Macher der Podcast-Reihe Hauptstadtpiraten

Kathi Woitas, Moderatorin und Redakteurin im Team des Kaperbriefs

Also: Was muss geschehen? Wo kann man ansetzen, um politische Entscheidungen wieder näher zu den Menschen zu bringen?

Die Piraten sehen den jetzigen Stand der Demokratie nicht als der Weisheit letzter Schluss. Vielmehr überlegen und diskutieren wir, mit welchen Reformen und neuen Methoden unsere Gesellschaft demokratischer gestaltet werden kann.

Und natürlich sind wir mit diesem Anliegen nicht allein. Wir stehen im Austausch mit Nichtregierungsorganisationen, die sich genau mit solchen Fragen beschäftigen. Neben dem Interview, das wir mit Gregor Hackmack von abgeordnetenwatch.de geführt haben (siehe S. 8), haben wir ein Fachgespräch mit einem Vertreter von Mehr Demokratie e. V. geführt. Mit dabei sein sollten auch Berliner Piraten, die sich besonders mit Themen der Demokratisierung beschäftigen, wie z.B. Eberhard Zastra, der Autor unseres Grundsatzprogramm punkts (siehe Kasten rechts).

Für ein „abdruckbares“ Interview war unsere Diskussion jedoch zu umfangreich. Es gibt das fast zweistündige Fachgespräch durch die Zusammenarbeit mit den „Hauptstadtpiraten“ nun als Podcast zum Nachhören.

Einigkeit bezüglich Wahlrecht und Direkter Demokratie

In der Diskussion treffen drei Menschen (und zwei Moderatoren) aufeinander, die sich zwar alle die Forderung nach mehr Demokratie auf die Fahnen geschrieben haben, aber durchaus mit verschiedenen Akzenten. Eberhard, unser Programmpunkt-Autor, erläutert zunächst, warum ihm eine Reform des Berliner Wahlrechts besonders am Herzen liegt. Einzelne Personen gezielt wählen zu können, anstatt auf die von den Parteien intern aufgestellten Listen angewiesen zu sein, ist etwas, das auch alle Anwesenden befürworteten, ebenso wie die Absenkung und Abschaffung der 5- bzw. 3-Prozent-Klausel und die Einführung von Ersatzstimmen. Eberhard berichtete weiter über verschiedene Wahlsysteme in Deutschland und weltweit, etwa über die im Vergleich zu den 20 Stimmen in Hamburg wirklich unübersichtlichen Kommunalwahlen

in Süddeutschland und das Präferenzwahlssystem in Australien.

Der Landesverband von Mehr Demokratie e. V., dessen Vertreter Nils Jonas an der Diskussion teilnahm, hat ähnliche Ziele beim Wahlrecht, stellt aber eher eine Vereinfachung von direktdemokratischen Verfahren in den Vordergrund. Dazu gehört, Quoren bei Bürger- und Volksbegehren abzusenken und vor allem dafür zu sorgen, dass Ergebnisse von Bürgerbegehren überhaupt einen verbindlichen Status erhalten. Dass die „kommunalen“ Volksvertretungen, die Bezirksverordnetenversammlungen, diesbezüglich ebenso mit leeren Händen dastehen, macht es nicht besser.

Auch die Piraten setzen sich unbedingt für eine Ausweitung von Volksabstimmungen ein, aber auch für andere, alltäglichere Beteiligungsverfahren, wie Bürgerhaushalte und neue elektronische Formen der politischen Artikulation.

Ein Podcast...

... ist ein Audiobeitrag, der im Internet zum Anhören und Weiterverteilen angeboten wird. Zumeist von Privatleuten, die sich für bestimmte Themen interessieren und Andere daran teilhaben lassen.

Podcasts kann man wie Blogs per RSS-Feed abonnieren, so bleibt man immer auf dem Laufenden. Bei den Piraten gibt es viele Möglichkeiten „reinzuhören“:

- der **Hauptstadtpiraten-Podcast** aus Berlin, mit dem das Experten-Gespräch aufgezeichnet wurde
>> hauptstadtpiraten.net
- das **Piratenradio**, wie der Name sagt, eher auf Live-Radio per Internet-Stream ausgelegt, aber auch hier gibt's Sendungen zum Nachhören
>> piraten-radio.net
- der **Flaschencast**, die Audio-Beiträge der Flaschenpost, Mitgliederzeitung der Piratenpartei
>> flaschenpost.piratenpartei.de
- der **Klabautercast**, ein privater Podcast von Prof. Martin Haase, Mitglied der Piratenpartei und des Chaos Computer Clubs
>> klabautercast.de
- der **Freibeuterhafen-Podcast**, von den Stammtischen der Piraten aus Süddeutschland
>> freibeuterhafen.de

Neue Wege...

Hier kam dann unser dritter Gesprächspartner Simon Weiß ins Spiel, der sich insbesondere mit dem Thema Flüssige Demokratie (oder: Liquid Democracy) beschäftigt. Dieses Konzept wird in der Piratenpartei in Berlin und auf Bundesebene zur innerparteilichen Meinungsbildung erprobt. Wir wollen damit dem Problem von Parteien begegnen, dass Weiterentwicklungen im Programm nur auf Parteitag möglich sind. Normale Parteimitglieder haben selbst dort nur sehr geringe Chancen, ihre Vorschläge einzubringen.

Wir versuchen mit elektronisch gestützten Verfahren alle Parteimitglieder in die Programmarbeit einzubeziehen. Jeder kann jederzeit Anträge erstellen, kommentieren und gemeinsam mit Anderen weiterentwickeln. Die Abstimmung über die so ausgearbeiteten Anträge erfolgt dann auf den Parteitagen, an denen, nicht wie bei den anderen Parteien Delegierte, sondern alle Mitglieder teilnehmen.

Der entscheidende Punkt an Liquid Democracy ist aber, dass man nicht gezwungen ist, über alle Anträge selbst abzustimmen, sich mit jedem Thema zu beschäftigen und auskennen zu müssen. Denn dazu kann man an verschiedene Piraten delegieren, nach bestimmten Themen und Sachgebieten oder sogar komplett. Es handelt sich dabei also um eine Kombination von basisdemokratischen und repräsentativen Entscheidungsverfahren – deren konkrete Ausgestaltung Jeder für sich persönlich festlegen kann.

Auch der Verein Mehr Demokratie probiert eine Liquid-Democracy-Software (Adhocracy) seit etwa einem Jahr aus, wie Nils berichtet. Eine offizielle Position hat man zur Flüssigen Demokratie aber noch nicht.

...auch für Berlin

- Das Thema Mehr Demokratie ist das, was mich eigentlich zur Piratenpartei gebracht hat.

Eberhard

Die Piraten möchten das Konzept breit bekannt machen. Wenn der Einzug ins Abgeordnetenhaus klappt, werden wir uns für den Aufbau einer Online-Demokratieplattform stark machen, die wie Bürger- und Volksbegehren zur Vorbereitung von direktdemokratischen

Entscheidungen dienen soll. Entsprechende Anträge für Grundsatz- und Wahlprogramm von Simon haben breite Zustimmung und werden wahrscheinlich auf der nächsten Landesmitgliederversammlung angenommen werden.

Schließlich kann man, was Teilhabe an politischen Entscheidungen durch Bürger angeht, mittlerweile auf breite Erfahrungen bauen, die man mit Bürgerhaushalten in Deutschland und weltweit gemacht hat. So wurde klar, dass elektronische Petitionssysteme aus Gründen der Sichtbarkeit und Transparenz einen wichtigen Baustein darstellen. Aber ebenso, dass die Beteiligung ohne eine direkte Aufforderung zum Mitmachen schlecht funktioniert. Insbesondere

müssen begleitende Foren im „Real Life“ geschaffen und die Verknüpfung von Online- und Offline-Beteiligung organisiert werden. Die Vielfalt von partizipativen Verfahren zu nutzen um alle Menschen einzubeziehen, stellt sicher eine zentrale Herausforderung dar.

- Das ausführliche Gespräch findet Ihr als Podcast auf

kaperbrief.org
hauptstadtpiraten.net

Grundsatzprogramm der Berliner Piraten – Teil 2 Mehr Demokratie wagen

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Legitimation allen staatlichen Handelns ergibt sich aus den Wahlen und Abstimmungen der Bürger. Das gilt direkt für die Legislative, es gilt indirekt für die Exekutive. Die Möglichkeiten für den Bürger, auf die Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen, sind in Berlin allerdings viel zu gering. Notwendig ist daher *mehr Demokratie zu wagen*.

Mehr Demokratie beim Wählen setzt mehr Einfluss auf die personale Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften voraus. Sie setzt außerdem voraus, dass die Wahlentscheidung nicht von vornherein taktischen Erwägungen unterworfen wird. Erhält der Wähler die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf einen Kandidaten vergeben zu können (Kumulieren) oder Kandidaten verschiedener Parteien gleichzeitig wählen zu können (Panaschieren), dann steigert sich so der direkte Einfluss auf die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften. Stimmhürden dürfen nicht davon abhalten, die Stimme für neue oder kleine Parteien abzugeben, zusätzlich zur Hürde ist daher ein Verfahren zu schaffen, auch die Stimmen von Wählern in die Vergabe der Parlamentsmandate einzubeziehen, deren vorrangige Parteiauswahl an der Stimmhürde scheitert (Ersatzstimmen).

Demokratie bezieht alle ein: Allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, ist die Gelegenheit für demokratische Mitbestimmung in der städtischen Politik zu eröffnen. Dafür ist ein zeitgerechtes Staatsangehörigkeitsrecht erforderlich, das auch ein uneingeschränktes Recht zum Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Staatsgebiet vorsieht. Darüber hinaus setzen wir uns für ein bezirkliches Wahlrecht ein, das die EU-Staatsangehörigkeit nicht voraussetzt.

Mehr Demokratie durch Dezentralisierung: Berlin ist groß genug, um unterschiedliche Lösungen für politische Probleme in den einzelnen Bezirken zu ertragen. Deshalb setzen sich die Piraten dafür ein, den Bezirken echte und eigene Entscheidungskompetenzen zu sichern. Die Möglichkeiten der Senatsverwaltungen, in die Bezirke hineinzuregieren, wollen wir verringern.

Mehr Demokratie durch direkte Demokratie: Auch für direktdemokratische Initiativen ist ein größeres Maß an Verbindlichkeit gesetzlich zu verankern. Die bereits bewährten Möglichkeiten eines elektronischen Petitionswesens sollen auch für Berlin eingeführt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen sind zu entwickeln und zu erproben. Neue Modelle der partizipativen Demokratie, wie z.B. der Bürgerhaushalt nach dem Vorbild von Porto Alegre, sind zu entwickeln und umzusetzen.

Bürger fragen – Politiker antworten

abgeordnetenwatch.de sorgt für Einblick in die Parlamente

abgeordnetenwatch.de ist der direkte Draht von Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierenden. „Bürger fragen - Politiker antworten“ ist der Kern des Portals. Der öffentliche Dialog schafft Transparenz und sorgt für eine Verbindlichkeit in den Aussagen der Politiker. Denn alles ist auch Jahre später noch nachlesbar. Daneben werden das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten und ihre Nebentätigkeiten öffentlich.

2004 waren es zunächst die Hamburger, die ihre Abgeordneten in der Bürgerschaft auf abgeordnetenwatch.de öffentlich befragen konnten. Genau zwei Jahre später, am 8. Dezember 2006 ging abgeordnetenwatch.de für den Bundestag an den Start, im September 2008 folgte das Europaparlament. Von den Bundestagsabgeordneten und den deutschen EU-Parlamentariern haben sich bis zu den Wahlen 2009 gut 90 Prozent auf den Dialog mit den Bürgern eingelassen.

Mit monatlich fast 400.000 Besuchern sowie gut 4 Mio. Seitenabrufen ist abgeordnetenwatch.de das größte politische Dialogportal Deutschlands.

Online fragen – online antworten

Seit Dezember 2004 ist abgeordnetenwatch.de bereits in Hamburg freigeschaltet und erfreut sich großer Beliebtheit. Politisch interessierte Hamburger können auf dieser Seite lesen, wer sie auf welche Weise im Landesparlament vertritt. Alle 121 Bürgerschafts-abgeordneten sind mit den wichtigsten Angaben zu ihrer Person, mit Foto, Beruf, Kontaktadresse und Themenschwerpunkten aufgelistet. Auch ihr Abstimmungs-

verhalten bei besonders heiß diskutierten Gesetzesvorlagen ist dokumentiert. Als „gläserne Abgeordnete“ sind Hamburgs Volksvertreter daher schon bezeichnet worden. Doch der Clou – und damit unterscheidet sich abgeordnetenwatch.de von allen anderen Politikseiten im Internet – besteht darin, dass online Fragen gestellt werden können, die der oder die Abgeordnete dann online beantwortet. Das ist öffentlich einsehbar; auch wer selbst keine Fragen stellt, kann nachlesen, wie ernst ein Politiker die Bürgeranfragen nimmt, ob er sie abwimmelt oder sachgerecht beantwortet. Auch Journalisten informieren sich inzwischen gern auf abgeordnetenwatch.de.

Auch die Abgeordneten profitieren

Für viele Abgeordnete war das Projekt gewöhnungsbedürftig. Anfangs gab es sogar einige, die sich strikt weigerten, im Internet Fragen zu beantworten. Doch mittlerweile haben vor allem die engagierten und bürgernahen Volksvertreter begriffen, dass abgeordnetenwatch.de auch für sie eine Menge Vorteile bietet. So können sie sich bekannter machen und ihr politisches Profil schärfen. Und sie können ungefiltert durch Pressestellen und Parteigremien ihre Ansichten zu bestimmten Themen unter Volk bringen. Weil Bürgerinnen und Bürger ein feines Gespür dafür haben, wer es ernst meint mit Transparenz und Bürgernähe, fällt plumpe Eigen-PR schnell auf – und damit negativ auf die Abgeordneten zurück.



Wie sieht es in Berlin aus?

Der Kaperbrief (KB) befragte Gregor Hackmack (GH), der zusammen mit Boris Hekele abgeordnetenwatch.de gründete.

KB: Wie stehen die Chancen, dass auch in Berlin bald ein derartiges Instrument zur Verfügung stehen wird?

GH: Die Chancen dazu stehen ziemlich gut. In fünf Bundesländern konnten wir schon online gehen, weil ausreichend Spenden zusammengekommen sind. Wenn die Berlinerinnen und Berliner mithelfen, kann es abgeordnetenwatch.de auch bald für das Abgeordnetenhaus in der Hauptstadt im Dauerbetrieb geben.

KB: Wie viel Geld wird noch benötigt und wo kann man spenden?

GH: Derzeit fehlen noch etwa 1300 Euro, bis wir in Berlin starten können. Wer uns mit einer Spende unterstützen möchte, kann dies online über www.abgeordnetenwatch.de oder per Überweisung auf unser Spendenkonto tun.

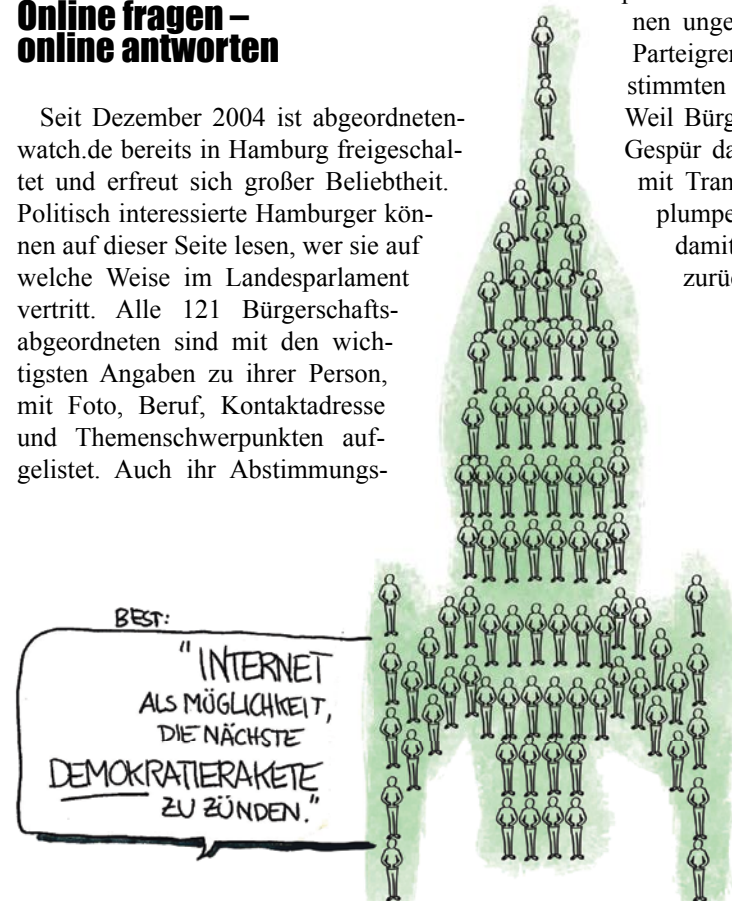
KB: Was sind Eure weiteren Pläne?

GH: Unabhängig vom Spendenstand wird es zur Abgeordnetenhauswahl in jedem Fall ein Kandidatenfrageportal geben, das sich über Profilerweiterungen für die Kandidierenden finanziert. Da wäre es natürlich toll, wenn es nach der Wahl übergangslos mit dem spendenfinanzierten Abgeordnetenfrageportal weitergehen könnte, so dass die Wählerinnen und Wähler bei den neu gewählten Volksvertretern nachfragen können, z.B. wenn Wahlversprechen nicht eingehalten werden sollten.

Längerfristig möchten wir abgeordnetenwatch.de neben dem Bundestag, dem EU-Parlament und aktuell fünf Landtagen auch in allen weiteren Bundesländern anbieten. Wir bekommen auch immer wieder Anfragen aus dem Ausland. Wenn sich dort z.B. eine Stiftung findet, die die Finanzierung sicherstellt, können wir uns auch das gut vorstellen.

Spendenkonto:
Parlamentwatch e.V.,
Kto Nr.: 2011 120 000,
BLZ: 430 609 67 (GLS Bank)

CC-BY-NC-ND:
Anna Lena Schiller



CC-BY-NC-ND:
Anna Lena Schiller

Lando ist uns teuer!

Ich gebe meinen Senf dazu von Dietmar Strauch

Im Februar 2011 endete vor dem Landgericht Berlin der größte Prozess zum Berliner Bankenskandal mit Freisprüchen, so auch für den CDU-Politiker Klaus-Rüdiger Landowsky, der als Vorstandsvorsitzender der BerlinHyp in den Beinahe-Zusammenbruch des Bankkonzerns im Jahr 2001 verwickelt war. Das Urteil hat erneut gezeigt, dass Misswirtschaft juristisch nur schwer zu ahnden ist. Gleichzeitig zeigt es auch, welchen Schaden politische Kumpanei anrichten kann. Ob „rot-schwarz“, „rot-grün“ oder „rot-rot“ im Senat von Berlin das Sagen hatten, machte keinen allzu großen Unterschied. Selbst der rot-rote Senat musste im Jahre 2002 mehr als 21 Milliarden Euro für die Übernahme der Immobilienfonds zahlen, was heute noch großartig als „erfolgreiche Sanierung der Bankgesellschaft“ dem Bürger verkauft wird. Erfolg sieht anders aus!

Freispruch ist Freispruch, sollte man meinen. Doch gerade an diesem merkwürdigen Urteil macht sich Empörung Luft, die ungewöhnlich ist. Der Zukunftsforscher Rolf Kreibich und die Publizistin Lea Rosh haben eine Initiative unter dem Namen „Bürger gegen den Bankenskandal“ ins Leben gerufen, die sich deutlich zu Wort meldet und grundsätzliche Gefahren für unsere Gesellschaft sieht. Das ergangene Urteil im Landowsky-Prozess füge „mit der äußerlichen Reinwaschung von Bankern und Politikern der

Demokratie schweren Schaden zu. Denn in der Sache ist längst klar und hinreichend dokumentiert, dass die Angeklagten sich der Untreue, der Bilanzfälschung, des Anlagebetrugs und der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. Selbst der Untersuchungsbericht des Abgeordnetenhauses von Berlin lässt hieran keine Zweifel.“

Das Urteil – so die Unterzeichner der Erklärung – stelle eine Bankrotterklärung dar und schade der demokratischen Kontrolle in unserem Lande schwer. Damit werde die Glaubwürdigkeit und die Funktionsfähigkeit der demokratischen Kontrollinstanzen erschüttert, wenn es um die Verquickung hochrangiger Politiker mit kriminell handelnden Finanzmanagern zum Schaden der Bürger geht. Auch die Aufsichtsräte der Bankgesellschaft wie der Vorsitzende Edzard Reuter und die ehemalige Berliner Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD) sowie die staatliche Bankenaufsicht haben eklatant versagt und sind für den entstandenen Schaden mitverantwortlich.

Die Initiatoren fordern daher: „So wird das Bankenskandal-Landowsky-Urteil zu einem weiteren Freifahrtschein für zahlreiche Angeklagte in anderen Untreueprozessen und zudem für künftiges kriminelles Handeln im Finanzsektor, wenn nicht endlich grundlegende wirksame Kontrollen eingebaut werden.“



CC-BY-NC-ND: Anna Lena Schiller



Die Kaperbrief-Redaktion ist gespannt auf deine Meinung!
Schick deinen Senf an: info@kaperbrief.org

Dieses Quadrat enthält einen zweidimensionalen **QR-Code** (Quick Response), dessen Technik interessanterweise jeder verwenden darf, weil das Patentrecht von der Herstellerfirma nicht ausgeübt wird. Mit vielen Mobiltelefonen und Computern (PDAs) kann man diesen Code auslesen und sich auf eine Website leiten lassen, falls die entsprechende Information codiert wurde.

Dieser QR-Code enthält die Webadresse **www.kaperbrief.org/a02** und man wird von hier aus auf alle Links verwiesen, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.



Auf geradem Kurs

International Tschechische Piraten zwischen ersten Erfolgen und herausforderndem Wahlsystem

Die tschechische Piratenpartei wurde 2009 gegründet vor dem Hintergrund der Turbulenzen um das Urteil zur Pirate Bay. Erste Wahlkampfereignisse gab es bereits 2010. Wir nahmen sowohl an Bundes- wie Regionalwahlen teil, in denen wir drei Sitze in Stadtparlamenten gewannen; zur Zeit liegen wir bundesweit bei einem Stimmanteil von etwa 1%.

Neben dem Aufbau der parteiinternen Strukturen gelang es uns aber auch, Außenwirkung zu erzielen. Der Regierungsvorschlag für ein neues Urheberrecht musste überarbeitet werden, nachdem er durch die Piratenpartei publik gemacht worden war.

Unser Internetnachrichtenportal hat durchschnittlich 2000 Besucher am Tag; außerdem haben wir unsere eigene Whistleblowing-Plattform aufgebaut: PirateLeaks.cz.

In diesem Jahr konzentrieren wir uns auf den Einzug in den Senat. Der Senat ist die zweite Kammer des tschechischen Parlaments; er fungiert als Gegengewicht zum Parlament und wird durch Mehrheitswahl bestimmt. Hier sind Nachwahlen erforderlich, da ein Mitglied des Senats, der Vertreter aus Kladno, verstorben ist. Zum Zwecke der Senatswahlen ist Tschechien in 81 Bezirke aufgeteilt; jeder Bezirk stellt einen Senator. Senatswahlen finden alle zwei Jahre statt, in jeweils einem Drittel der Bezirke. Die Amtszeit eines Senators beträgt also sechs Jahre, die Restzeit des Sitzes in Kladno 3,5 Jahre. Wir streben einen Stimmanteil von 6% an, bei den letzten Wahlen waren es noch 2,7%.

re statt, in jeweils einem Drittel der Bezirke. Die Amtszeit eines Senators beträgt also sechs Jahre, die Restzeit des Sitzes in Kladno 3,5 Jahre. Wir streben einen Stimmanteil von 6% an, bei den letzten Wahlen waren es noch 2,7%.

Mikuláš Ferjenčík,
Vizepräsident der Tschechischen Piratenpartei



Transparenz - ein Erklärungsversuch von Dr. Angelika Brinkmann

Transparenz ist im politischen Zusammenhang ein häufig gebrauchter, aber wenig klarer Begriff.

Die Anforderungen an Transparenz sind sehr unterschiedlich: Sie ist wichtig bei Entscheidungsfindung, Vertragsabschlüssen und politischer Berichterstattung. Transparenz soll integraler Bestandteil sein von Wirtschafts-, Gesundheits- und Rechtspolitik.

Diese Anforderungen belegen die Mehrdimensionalität von Transparenz. Sie ist einerseits gekennzeichnet durch Merkmale investigativen Journalismus wie im Falle Wikileaks, andererseits Teil eines politischen Konzepts, welches die Bereitstellung aller für ein Vorhaben oder Gesetz relevanten Informationen sowie deren Analyse und Erörterung beinhaltet.

Um diesen unterschiedlichen Anforderungen zu entsprechen, wird Transparenz in Anlehnung an Transparency International hier so definiert:

gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsträgern sowie gleichen und freien Zugang zu den entscheidungsrelevanten Informationen. Wesentliche Elemente eines solchen Transparenzanspruchs sind Vertrauen und Zeit. Vertrauen darauf, dass tatsächlich alle relevanten Informationen zur Verfügung gestellt werden, und Zeit für Bürger und andere Beteiligte, Analysen, Erörterungen und Einwände zu berücksichtigen.

Transparenz kann nicht verordnet werden, sie muss sich entwickeln. Sie ist kein Wert an sich, keine konstante Größe, sondern ein Erfahrungswert.

Transparenz bedeutet nicht automatisch Gerechtigkeit, sie macht häufig Komplexität erst sichtbar. Aber auch der Umgang mit Informationen muss gekonnt sein: Information, Kommunikation, Wissen und der kompetente Umgang damit bilden die Grundlage unserer

Gesellschaft. Es bedarf vieler Informationen, um ein Vorhaben zu begutachten und einordnen zu können. Man muss sich Informationen verschaffen, sie beurteilen, schützen, interpretieren können, aber auch deren Missbrauchspotenzial berücksichtigen.

Generell kann Transparenz den Zustand der Politik – oder besser, den Prozess in dem sich Politik befindet, mit ihren wesentlichen Merkmalen unterstützen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass transparente Politik den Status quo erhalten muss. Transparente Politik garantiert dann Stabilität, wenn sie als Ergebnis von Lernprozessen Veränderungen durchlaufen hat und offen ist, sich neuen Entwicklungen anzupassen. Ein so angewandeter Transparenzanspruch als Teil eines politischen Konzepts ist keine Beschränkung von Politik, sondern eine notwendige Ergänzung und erhöht die Funktionsfähigkeit von Politik.



Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben, alles zu tun. - Alain Peyrefitte

Dabei sein statt nur dagegen!

Werde aktiv und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wer Namen und Anschrift angibt, erhält natürlich auch eine Spendenbescheinigung.

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über reale Post und neue Mitglieder.

Impressum

Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Manuela Schauerhammer, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Mitgliedsantrag



An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname	Name	Geburtsdatum
Anschrift		PLZ und Ort
E-mailadresse		

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max. 825,- €) laut EStG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EStG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig. Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschließlich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechnungslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteigliederungen sowie der Teilnahmeberechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
Ort	Datum	Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.

Die Freiheit ist wie das Meer: Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich. - Vaclav Havel

CSU, deine Minister...

Der ehemalige Innenminister Thomas de Maizière ist neuer Verteidigungsminister, CSU-Landesgruppen-Chef Hans-Peter-Friedrich unser neuer Innenminister. Die Berliner Piraten gratulieren dem Baron ~~Münchhausen~~ Gutenberg zu seinem Rücktritt, auch wenn andere Minister niemals seinen Schneid und Edelmut erreichen werden. Ob wissenschaftliche Bruchpiloten oder rollende Internetparanoia – es bleibt immer lustig mit der CSU.



CC-BY-ND: Bundeswehr-Fotos

Hätte auch ohne
Dokortitel
Deutschland
gerne verteidigt:
Karl-Theodor von
und zu Gutenberg

„Aufrichtigkeit sollte die Grundlage jeder Politik sein.“

Karl-Theodor zu Gutenberg

„Ich habe wie jeder andere auch zu meinen Schwächen und Fehlern zu stehen. Zu großen und kleinen im politischen Handeln, bis hin zum Schreiben meiner Doktorarbeit. Und mir war immer wichtig, diese vor der Öffentlichkeit nicht zu verbergen.“

Aus der Rücktrittsrede von zu Gutenberg

„Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“

Karl-Theodor zu Gutenberg

„Es gibt, äh... glaub ich, auch ein großes Interesse der Nutzer des Internet, sicher zu stellen, dass das Internet, nicht zum Tatort für Verbrechen und Kriminalität noch stärker wird, als es bisher der Fall ist.“

Dr. Hans-Peter Friedrich

„Dass aber der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt.“

Dr. Hans-Peter Friedrich

„Das ist sozusagen eine Art Stasi, die ich ablehne.“

Dr. Friedrich über WikiLeaks

Verteidigt Deutschland nun im Innern,
mit Jura-Dokortitel:
Dr. Hans-Peter
Friedrich



C: Pressefoto hans-peter-friedrich.de